



Kantonsrat

Protokoll der 3. Sitzung der vorberatenden Kommission

Kantonsratsbeschluss über die Finanzierung von Durchgangsplätzen für Fahrende – 35.09.02

Ort: Baudepartement des Kantons St.Gallen, Lämmli Brunnenstrasse 54, 9001 St.Gallen, Zimmer 007

Zeit: Montag, 22. März 2010, 13.30 bis 14.10 Uhr

Anwesend: *Mitglieder der vorberatenden Kommission:*

Keller-Inhelder Barbara, Jona, Präsidentin
Hartmann Roland, Jona, Mitglied
Hegelbach Marcel, Jonschwil, Mitglied
Huser Herbert, Altstätten, Mitglied
Rüegg Christian, Rütterswil, Mitglied
Gubser Bruno, Necker, Mitglied
Dobler Ernst, Oberuzwil, Mitglied
Trunz Karpeter, Oberuzwil, Mitglied
Zoller Erich, Sargans, Mitglied
Locher Walter, St.Gallen, Mitglied
Lusti Bruno, Niederuzwil, Mitglied
Bachmann Bernadette, St.Gallen, Mitglied
Colombo Daniela, Rapperswil-Jona, Mitglied

Mitarbeitende der Staatsverwaltung und Sachverständige:

Haag Willi, Regierungsrat, Baudepartement
Gämperle Christof, Generalsekretär, Baudepartement
Strauss Ueli, Leiter Amt für Raumentwicklung und Geoinformation, Baudepartement
Keller Alex, Stabsmitarbeiter, Baudepartement
Perrez Nicolas, Abteilung Siedlungsplanung, Baudepartement
Lippuner Roland, Juristischer Mitarbeiter, Baudepartement, Protokoll

Traktanden:

1. Begrüssung, Mitteilungen
2. Überblick Gutachten
3. Diskussion
4. Schlussabstimmung
5. Varia

Unterlagen: Kantonsratsbeschluss über die Finanzierung von Durchgangsplätzen für Fahrende (35.09.02), Botschaft und Entwurf der Regierung vom 17. März 2009 (Beratungsunterlage)
Protokoll der voKo-Sitzung vom 15. Mai 2009

Präsentationsfolien zu Traktandum 2 der voKo-Sitzung vom 15. Mai 2009
(Einführungsreferate von Regierungsrat Willi Haag und Ueli Strauss)
Referat von Robert Huber vom 15. Mai 2009 (Traktandum 3)
Eigenmann Thomas/Eugster Rolf, Fahrende und Raumplanung, Gutachten
von Eigenmann Rey Rietmann BSP/FSU, St.Gallen, im Auftrag der Stiftung
"Zukunft für Schweizer Fahrende" ,St.Gallen, 30. Mai 2001
Eigenmann Thomas/Eugster Rolf, Fahrende und Raumplanung, Kurzfassung
Gutachten, 30. Mai 2001
Eigenmann Thomas/Eugster Rolf/Gaudenz Jon, Fahrende und Raumpla-
nung, Standbericht 2005, im Auftrag der Stiftung "Zukunft für Schweizer Fah-
rende", St.Gallen, März 2006
Baudepartement, Konzept für Durchgangsplätze für Fahrende im Kanton
St.Gallen, Mai 2006
Richtplan SG, Koordinationsblatt IV 33, Durchgangs- und Standplätze für
Fahrende, September 2008
Kopie Schreiben von Christof Gämperle an Gemeindepräsident Beat Tinner
vom 4. Mai 2009: Kostenregelung für Stand- und Durchgangsplätze für Fah-
rende
AREG, Aktualisierte Übersicht zum Bedarf an Durchgangsplätzen, 25. Mai
2009
Protokoll der voKo-Sitzung vom 27. August 2009
Präsentationsfolien zu Traktandum 2 der voKo-Sitzung vom 27. August 2009
(Referat von Regierungsrat Willi Haag)
Prof. Dr. Rainer J. Schweizer, Gutachten vom 21. Januar 2010 zur Frage der
Durchgangsplätze für Fahrende: Beschränkung der Nutzung auf Schweizer
Fahrende

Geht an:

- Mitglieder der vorberatenden Kommission (Postadresse)
- Staatskanzlei (7)
- Baudepartement

1. Begrüssung, Mitteilungen

Barbara Keller-Inhelder, Präsidentin der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission zur dritten Sitzung. Bruno Lusti werde mit leichter Verspätung eintreffen. Vom Baudepartement dürfe sie folgende Personen willkommen heissen:

- Haag Willi, Regierungsrat, Baudepartement
- Gämperle Christof, Generalsekretär, Baudepartement
- Strauss Ueli, Leiter Amt für Raumentwicklung und Geoinformation, Baudepartement
- Keller Alex, Stabsmitarbeiter, Baudepartement
- Perrez Nicolas, Abteilung Siedlungsplanung, Baudepartement
- Lippuner Roland, Juristischer Mitarbeiter, Baudepartement, Protokoll

Die Präsidentin hält fest, dass auch die dritte Sitzung für die Verfassung des Protokolls elektronisch aufgezeichnet werde. Die Aufzeichnung werde nach Vorliegen des Protokolls wieder gelöscht. Die Präsenzliste zirkuliere zur Unterschrift.

Die Präsidentin stellt fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig sei.

Die Präsidentin weist darauf hin, dass das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt KRR) bis nach Abschluss der Beratungen des Kantonsrates vertraulich sei. Die Vertraulichkeit gelte auch für den Inhalt der Kommissionssitzung. Die Urheber der einzelnen Äusserungen dürften Dritten nicht bekannt gegeben werden.

2. Überblick Gutachten

Die Präsidentin führt aus, die Vorlage sei in der zweiten Kommissionssitzung vom 27. August 2009 zur Klärung der Zulässigkeit und der Sicherstellung der Einschränkung der Benutzung der Durchgangsplätze auf Schweizer Fahrende zurückgewiesen worden.

Die Präsidentin erteilt Regierungsrat Willi Haag das Wort, um das Gutachten zu erläutern.

Regierungsrat Willi Haag begrüsst die Anwesenden. Die Kommissionsmitglieder hätten nach langer Diskussion an der letzten Sitzung dem Baudepartement den Auftrag erteilt, die Frage der Zulässigkeit und der Sicherstellung der Einschränkung der Benutzung der Durchgangsplätze auf Schweizer Fahrende in einem Gutachten zu klären. Das Gutachten sei eingetroffen. Alle Kommissionsmitglieder hätten es erhalten. Er verzichte auf detaillierte Ausführungen zum Gutachten, weil es einfach verständlich und im Ergebnis klar sei. Aufgrund dieser klaren Grundlage wolle er die Sitzung nicht unnötig verlängern und sei auf die anschliessende Diskussion gespannt.

Die Präsidentin dankt Regierungsrat Willi Haag und geht zu Traktandum 3 über.

3. Diskussion

Die Präsidentin spricht ihren Dank für die Zustellung des Gutachtens und die angemessene Frist für dessen Studium aus. Gemäss S. 26 des Protokolls der Sitzung vom 27. August 2009 stehe der von der Kommission angenommene CVP-Antrag auch trotz der Rückweisung zur Klärung der von Walter Locher aufgeworfenen Fragen durch ein Gutachten fest. Jetzt seien Diskussionen, Fragestellungen an die Verwaltung und Meinungsäusserungen angezeigt, damit anschliessend aufgrund der neu vorliegenden Informationen die Schlussabstimmung vorgenommen werden könne.

Karlpeter Trunz weist im Namen der CVP-Fraktion auf zwei wichtige Punkte des Gutachtens hin. Einerseits könnten Durchgangsplätze nicht allein für Schweizer Fahrende gebaut bzw.

reserviert werden und sei eine Rückführung der Durchgangsplätze kaum denkbar. Andererseits bestehe eine Chance für eine Beschränkung der Benutzung von Durchgangsplätzen auf Schweizer Fahrende, falls ein Transitplatz gebaut werde. Die CVP nehme diese Ergebnisse des Gutachtens zur Kenntnis und werde einen Rückkommensantrag betreffend Ziff. 1 des Kantonsratsbeschlusses stellen. Ziff. 1 des Kantonsratsbeschlusses solle dahingehend geändert werden, dass vier Durchgangsplätze und ein Transitplatz erstellt werden sollen. Dabei könnten die vier Durchgangsplätze für die Schweizer Fahrenden reserviert werden, was nach seiner Interpretation der Absicht der Mehrheit der Kommissionsmitglieder entspreche. Zugleich würde ein Transitplatz bestehen, der den ausländischen Fahrenden zur Benutzung zugewiesen werden könnte. Die CVP sei der Ansicht, dass dies eine pragmatische Lösung wäre. Kostenmässig würde dies nach Abzug der über die Voranschläge 2007, 2008 und 2009 bewilligten Kredite noch einen Restbetrag von 4 Mio. Franken verursachen. Ebenso gehe er davon aus, dass gemäss Ziff. 1 Abs. 2 des Kantonsratsbeschlusses der Kredit frühestens ab dem Jahr 2011 abgeschrieben werden könne. Aus diesen Gründen werde die CVP einen Rückkommensantrag stellen.

Bernadette Bachmann erklärt, die SP könnte diesem Antrag zustimmen. Sie hätten an der letzten Sitzung die Lösung mit Durchgangsplätzen und einem Transitplatz auch klar favorisiert. Die Reduktion von fünf auf vier Durchgangsplätze könnten sie akzeptieren.

Herbert Huser gibt bekannt, für die SVP sei der Ausgang des Gutachtens absehbar gewesen. Insofern habe sich an der Ausgangslage nichts geändert. Das ursprünglich gemachte Versprechen, dass die Plätze den Schweizer Fahrenden vorbehalten bleiben sollten, lasse sich jedoch nicht aufrecht erhalten. Die solche Plätze generell ablehnende Haltung der SVP werde ausserdem dadurch bestätigt, dass - auch nach der EMRK - gemäss Gutachten für Fahrende kein Anspruch auf Erteilung einer Einreise- und Aufenthaltsbewilligung und auf Zurverfügungstellung eines Halteplatzes bestehe. Vor diesem Hintergrund werde sich die SVP weiterhin gegen diese Plätze aussprechen. Zudem habe sich seit der letzten Sitzung vom 27. August 2009 auch auf Seiten der Kantonsfinanzen einiges geändert (Stichwort "Verzichtsplanung"). Bei dieser Ausgangslage wäre es sehr schwierig, die Vorlage in einer allfälligen Abstimmung beim Stimmvolk durchzubringen. Vor diesem Hintergrund sehe die SVP keinen Handlungsbedarf. An den von der SVP ursprünglich genannten, gegen die Vorlage sprechenden Gründen habe sich nichts geändert. Mit der Verzichtsplanung und der Unmöglichkeit der Einhaltung des Versprechens, dass die Plätze den Schweizer Fahrenden vorbehalten bleiben sollten, seien ein fünfter und sechster Grund dazugekommen. Heute spreche vieles mehr dagegen als dafür. Deshalb sei die Position der SVP klar.

Walter Locher dankt im Namen der FDP-Fraktion und in Vertretung des noch nicht anwesenden Bruno Lusti für die Einholung des Gutachtens. Die im Gutachten vertretene Rechtsauffassung werde zur Kenntnis genommen, ohne sie zu werten und zu kommentieren. Falls das Problem gemäss Antrag der CVP mit vier Durchgangsplätzen und einem Transitplatz gelöst werden solle, würden sie dieser Lösung zustimmen. Dabei seien die Durchgangsplätze ganz klar für die Schweizer Fahrenden zu reservieren.

Die Präsidentin hält vor der Abstimmung über den von der CVP gestellten Rückkommensantrag zur Erinnerung fest, dass die Kommission an ihrer Sitzung vom 27. August 2009 gemäss S. 23 des Protokolls den Antrag auf Erstellung eines Transitplatzes mit 6 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt habe.

Die Präsidentin lässt über den Antrag der CVP abstimmen, nochmals auf Ziff. 1 des Kantonsratsbeschlusses zurückzukommen.

Die Kommission nimmt den Rückkommensantrag mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Abwesenheit (Bruno Lusti) an.

Karlpeter Trunz dankt für die Annahme des Rückkommensantrags. Die CVP beantrage Ziff. 1 des Kantonsratsbeschlusses dahingehend zu ändern, dass für die Erstellung von vier Durch-

gangsplätzen für einheimische Fahrende und einem Transitplatz nach Abzug der über die Vorschläge 2007, 2008 und 2009 bewilligten Kredite von Fr. 2'850'000.-- ein Kredit von Fr. 4'000'000.-- gewährt werde. Der Kredit werde der Investitionsrechnung belastet und ab dem Jahr 2011 innert fünf Jahren abgeschrieben. Zur Kredithöhe sei zu erläutern, dass gemäss Botschaft für einen Durchgangsplatz 1,2 Mio. Franken zu veranschlagen seien, was einen Betrag von 4,8 Mio. Franken ergebe. Für den Transitplatz seien 2 Mio. Franken zu addieren, womit Gesamtkosten von 6,8 Mio. Franken resultieren würden. Sie hätten diesen Betrag um Fr. 50'000.-- aufgerundet, womit nach Abzug der bereits bewilligten Kredite von Fr. 2'850'000.-- die Restkosten 4 Mio. Franken betragen würden.

Herbert Huser stellt die Frage, ob im Antrag die Formulierung "vier Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende und ein Transitplatz" bewusst gewählt und beim Transitplatz der Zusatz "für ausländische Fahrende" mit Absicht weggelassen worden sei.

Karlpeeter Trunz antwortet, sie hätten von den Vertretern der Fahrenden gehört, dass ein Transitplatz grösser als ein Durchgangsplatz sein müsse, weil die ausländischen Fahrenden in grösseren Konvois reisen würden. Er gehe jedoch davon aus, dass der Transitplatz auch von Schweizer Fahrenden benutzt werden dürfe, wenn er leer stehe. Deshalb sei dies bewusst offen gelassen worden. Ob der Begriff einheimische oder Schweizer Fahrende besser sei, müssten die Juristen entscheiden.

Christof Gämperle gibt zu bedenken, der Begriff einheimische Fahrende sei schwierig zu definieren, weshalb der Begriff Schweizer Fahrende zu bevorzugen sei.

Bernadette Bachmann ergänzt, es könne die Formulierung "und ein Transitplatz für Fahrende" gewählt werden. Damit wären die Schweizer und die ausländischen Fahrenden abgedeckt.

Regierungsrat Willi Haag erklärt, der Kanton wolle das Problem der Plätze für Fahrende mit seinem Konzept lösen. Entgegen der Ansicht der SVP bestehe für Fahrende als nationale Minderheit ein Anspruch auf Halteplätze. Eigentlich wäre die Bereitstellung der Plätze Aufgabe der Gemeinden. Eine einzelne Gemeinde könne diese Aufgabe jedoch nicht wahrnehmen. Deshalb habe der Kanton St.Gallen das Problem mit dem Konzept gelöst. Andere Kantone würden das Konzept auch übernehmen und seien bereits in der Umsetzung. Dies sei in den Kantonen Aargau, Thurgau und Zug der Fall. Regierungsrat Tännler, SVP Kanton Zug, habe in Zug einen Platz für Fahrende zu vergleichbaren Kosten realisiert, weil er von dessen Notwendigkeit überzeugt sei. Für den Betrieb der Plätze in den Regionen seien die Gemeinden verantwortlich. Durch den Betrieb durch die Standortgemeinden werde die Ordnung auf den Plätzen sichergestellt. Für die Benutzung werde ein Entgelt je Wagen und Nacht und eine Pauschale verlangt. Damit könne die Benutzung kontrolliert und für Ordnung gesorgt werden. Dadurch werde auch die Polizei entlastet, weil sie die Fahrenden auf die für sie reservierten Plätze weisen könne. Damit werde das Problem praktikabel und lösbar. Hingegen werde das Problem nicht gelöst, falls Fahrende aus dem Elsass wild campieren müssten, obwohl der Transitplatz frei wäre. Dann würden die Fahrenden von der Polizei gebüsst und fortgeschickt. Der Auftrag des Parlamentes bestehe darin, Lösungen zu erarbeiten. Mit dem Vorschlag der CVP werde im Interesse der Sache eine vernünftige Lösung für die national anerkannte Minderheit geschaffen.

Bruno Gubser erkundigt sich, wann die Abschreibung des Kredits beginne, ob sie erst nach Errichtung der Plätze anlaufe.

Christof Gämperle antwortet, die Abschreibung beginne immer im Folgejahr der Beschlussfassung.

Regierungsrat Willi Haag wendet ein, der Kredit werde also abgeschrieben, bevor das Geld ausgegeben werde und die Plätze gebaut würden.

Die Präsidentin lässt über den Antrag der CVP abstimmen, Ziff. 1 des Kantonsratsbeschlusses folgendermassen zu ändern:

Für die Erstellung von vier Durchgangsplätzen für Schweizer Fahrende und einem Transitplatz für Fahrende wird nach Abzug der über die Voranschläge 2007, 2008 und 2009 bewilligten Kredite von Fr. 2'850'000.-- ein Kredit von Fr. 4'000'000.-- gewährt.

Der Kredit wird der Investitionsrechnung belastet und ab dem Jahr 2011 innert fünf Jahren abgeschrieben.

Die Kommission nimmt den Antrag der CVP mit 8 zu 5 Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Abwesenheit (Bruno Lusti ist inzwischen anwesend) an.

Die Präsidentin unterbreitet Ziff. 2 des Kantonsratsbeschlusses zur Abstimmung.

Die Kommission stimmt Ziff. 2 des Kantonsratsbeschlusses mit 8 zu 5 Stimmen zu.

Die Präsidentin stellt Ziff. 3 des Kantonsratsbeschlusses zur Abstimmung.

Die Kommission stimmt Ziff. 3 des Kantonsratsbeschlusses mit 8 zu 5 Stimmen zu.

4. Schlussabstimmung

Die Präsidentin führt die Gesamtabstimmung über den Kantonsratsbeschluss durch.

Die Kommission empfiehlt dem Kantonsrat mit 8 zu 5 Stimmen Eintreten und Zustimmung zum Kantonsratsbeschluss.

5. Varia

Die Präsidentin bemerkt, dass sie im Kantonsrat das Amt der Kommissionsprecherin übernehme, falls seitens der Kommissionsmitglieder keine Gegenvorschläge gemacht würden. Nach Abschluss der dritten Sitzung erachte sie eine Medieninformation als angezeigt. Die Medienmitteilung werde von der Verwaltung zusammen mit der Kommissionspräsidentin ausgearbeitet.

Erich Zoller stellt fest, dass die Kommission im Vergleich zur Botschaft und zum Entwurf der Regierung Änderungen vorgenommen habe. Nach dem Willen der Kommission sollten vier statt sechs Durchgangsplätze errichtet werden. In der Botschaft der Regierung seien für die möglichen Standorte der Durchgangsplätze auch die Regionen beschrieben gewesen. Die Ausgangslage habe sich jetzt aber geändert, weil nach den Beschlüssen der Kommission vier Durchgangsplätze und ein Transitplatz gebaut werden sollen. Er könne sich vorstellen, dass die Vorlage auch im Kantonsrat heftig diskutiert werde und letztlich das Volk darüber entscheiden müsse. Deshalb sei die Kommunikation wichtig, in welchen Regionen die vier Durchgangsplätze und der Transitplatz realisiert würden.

Regierungsrat Willi Haag führt aus, er habe im Oktober 2009 an der Sitzung des Vorstands der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) teilgenommen. Der Vorstand der VSGP stehe ganz klar hinter dem Projekt und bitte den Kanton, dieses fortzuführen, weil eine einzelne Gemeinde diese Aufgabe nicht wahrnehmen könne. Im Konzept seien die Regionen und nicht die Gemeinden bezeichnet. Nachdem jetzt neben vier Durchgangsplätzen auch ein Transitplatz erstellt werden solle, wolle er, dass die Frage, in welcher Region ein Durchgangsplatz oder ein Transitplatz gebaut werden solle, offen lassen. Die Regionalplanungsgruppen müssten in der Folge entscheiden, was in ihren Regionen möglich sei. Die Standorte müssten im Gespräch mit den Regionen und den Gemeinden gefunden werden. Für jeden Standort müsse in der jeweiligen Gemeinde ein Zonenplan- und ein Bauge-

suchsverfahren durchgeführt werden. Die Standortfrage sei jetzt nicht Aufgabe und Thema der Kommission und des Parlamentes. Die Probleme mit den Fahrenden würden bestehen, weil keine Regelung und keine Ordnung vorhanden seien. Die politische Haltung, aktiv Lösungen zu verhindern, mit denen Ordnung geschaffen werden solle, sei nur schwierig zu verstehen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sei es notwendig, eine Gesamtlösung zu schaffen. Reine Verhinderungstaktik führe nie zu einer Problemlösung. Das Finden von Lösungen und nicht das Verhindern seien Aufgabe des Parlamentes.

Marcel Hegelbach stellt die Frage, welche Gemeindepräsidenten an der genannten Sitzung teilgenommen hätten. Ob alle Gemeindepräsidenten aus allen Parteien vertreten gewesen seien.

Regierungsrat Willi Haag antwortet, die Obmänner der Regionen würden den Vorstand der VSGP bilden. Das Präsidium habe Beat Tinner inne. An der genannten Sitzung habe nur der Vorstand der VSGP teilgenommen. An der ausserordentlichen Mitgliederversammlung der VSGP vom 17. Dezember 2009 habe der Vorstand das Traktandum "Fahrende" behandelt und die Gemeindepräsidenten informiert. Gemäss Protokoll dieser Mitgliederversammlung sei die VSGP für den Lead des Baudepartementes dankbar. Ein unkoordiniertes Vorgehen oder eine Aufschiebung des Problems wären nach Auffassung der VSGP nicht sachgerecht. Die Regionen seien eingeladen, das Thema aktiv anzugehen. Erste Erfahrungen würden zeigen, dass das Problem nicht so schwer wiege, wie einzelne politische Exponenten dies sehen würden.

Walter Locher unterstützt die Ausführungen von Regierungsrat Willi Haag. Bereits an der ersten Sitzung habe die Kommission verneint, dass über einzelne Plätze beschlossen werde. An der ersten Sitzung habe Einigkeit bestanden, dass ein Kreditrahmen gesprochen werde und anschliessend jene Plätze realisiert würden, die aus rechtlicher Sicht möglich seien. Deshalb wäre es völlig falsch, jetzt zu sagen, dass eine Region als möglicher Standort weg falle, weil die Zahl der Plätze von der Kommission reduziert worden sei.

Karlpeter Trunz erkundigt sich, ob auch das Baudepartement den Antrag der CVP unterstütze. Ausserdem möchte er aus Sicht der CVP betonen, dass alle Beteiligten Kompromisse eingehen müssten, falls das Projekt - wie er hoffe - zur Realisierung kommen würde. Für die Standorte der Plätze könne weder Seesicht, noch Bergsicht oder ruhige Lage und zugleich Lage an wichtigen Strassenverbindungen und in der Nähe von Städten verlangt werden. Er möchte insbesondere auch das Amt für Raumentwicklung und Geoinformation bitten, kompromissbereit zu sein, um Standorte für die Plätze zu finden. Den idealen Standort würden sie nie finden. Bei der Standortsuche sei Kompromissbereitschaft auf allen Ebenen, inklusive Baudepartement, gefordert.

Regierungsrat Willi Haag teilt mit, das Baudepartement trage den Antrag der CVP mit. Die Aussagen von Karlpeter Trunz könne er nur unterstützen. Es gehe um vernünftige, zweckmässige Lösungsfindung und nicht um die Realisierung komfortabler Plätze. Die Durchgangsplätze würden von den Fahrenden nur für kurze Zeit und nicht während mehreren Wochen genutzt. Hingegen dürften die Fahrenden gegenüber den einheimischen Bauern ausserhalb Bauzonen nicht privilegiert behandelt werden. Deshalb müsse bei der Erstellung jedes einzelnen Platzes das Raumplanungsgesetz des Bundes beachtet werden. Infolgedessen seien im Zonenplan- und Überbauungsplanverfahren die entsprechenden rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Dies würde die Möglichkeiten jedoch auch einschränken. Die Plätze könnten nicht an den Waldrand gelegt werden, weil sie dann ausserhalb Bauzonen liegen würden und nicht erschlossen seien. In Wohnzonen würden hingegen Probleme mit den Nachbarn entstehen. Er erwarte von den Gemeindepräsidenten der entsprechenden Regionen aktive Unterstützung, damit das Problem endgültig gelöst werden könne.

Die Präsidentin stellt fest, dass keine weiteren Fragen und Wortmeldungen gewünscht würden.

Die Präsidentin bedankt sich bei den Anwesenden und schliesst die Sitzung um 14.10 Uhr.

Jona und St.Gallen, 29. März 2010

Die Präsidentin der vorberatenden
Kommission:

Der Protokollführer:

Barbara Keller-Inhelder

lic.iur. Roland Lippuner